

JETZT DIE WEICHEN STELLEN: Nachhaltig wirtschaften, sinnvoll arbeiten

WWW.ALTERNATIVE-EUROPA.DE
[#ALTEU!](https://twitter.com/ALTEU!)

2 / 17

In Kooperation mit:

ÜBER DAS PROJEKT

Alternative Europa! ist ein gemeinschaftliches Projekt, das VertreterInnen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft zusammenbringt. Es wurde vom Institut für Europäische Politik (IEP) zusammen mit dem Jungen Europawissenschaftlichen Netzwerk (JEN) des Europawissenschaftlichen Netzwerks Deutschland (END) und der Europäischen Akademie Otzenhausen (EAO) in enger

Zusammenarbeit mit Polis180 und den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) sowie European Horizons initiiert. Weitere Kooperationspartner sind der Arbeitskreis Europäische Integration (AEI), das Centre International de Formation Européenne (CIFE), das Projekt „TruLies: The Truth about Lies on Europe“, die Universität Hamburg und die Universität Hildesheim.

ÜBER DIE AUTOREN



Constanze Aka, M.A., hat Osteuropastudien an der Freien Universität Berlin und European Studies an der Universität Passau sowie der Ukrainischen Katholischen Universität Lviv studiert.

Als Projektmanagerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Politik plant und implementiert sie Trainingsprogramme zur Umsetzung von EU-Assoziierungsabkommens mit Fokus auf der Tiefen und Umfassenden Freihandelszone mit der Ukraine.



Julian Schwartzkopff, M.A., hat Politikwissenschaften und Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin, der University of Cambridge und am Europäischen Hochschulinstitut studiert. Er arbeitet derzeit als

Policy Advisor beim klima- und energiepolitischen Think Tank E3G in Berlin. Sein Schwerpunkt liegt auf Fragen der Klima- und Energiesicherheit.



Timo Stockhorst, M.A., hat Sozialwissenschaften an der Universität Vechta, Politikwissenschaften an der Philipps Universität Marburg und Europäisches und Internationales Recht am Europa-Institut in Saarbrücken studiert.

Als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Europaparlaments-Abgeordneten Jo Leinen und als Landesvorsitzender der Jungen Europäischen Föderalisten im Saarland befasst er sich unter anderem mit konstitutionellen Fragen zur verstärkten, demokratischeren und nachhaltigeren Integration der EU.

INHALTSVERZEICHNIS

Executive Summary	4
I. Problemfeldanalyse	4
A. Das Klima stimmt nicht	4
B. Technik ersetzt Arbeit	5
C. Strukturwandel braucht gesellschaftlichen Ausgleich	6
II. Vision für ein nachhaltiges Europa	7
III. Handlungsempfehlungen	9
A. Kreative Sozialpolitik ohne Denkverbote	9
B. Klimafreundlich wirtschaften	11
C. Kreislaufwirtschaft	12

EXECUTIVE SUMMARY

Wenn's kommt, dann richtig: Globalisierung, Digitalisierung, Automatisierung, Klimawandel, Arbeitsmigration, Populismus. Die Liste der Herausforderungen, die Europa ins Wanken bringen, scheint endlos. Wohin entwickeln wir unsere Wirtschaft angesichts so vieler rasanter und gleichzeitig ablaufender Veränderungen?

Unsere Wirtschaft war schon immer der Motor des Wohlstands in Europa, der auch den Integrationsprozess vorangetrieben hat. Nur um welchen Preis? Es liegt an uns zu be-

stimmen, ob die Wirtschaft in Zukunft gesellschaftlichen Fortschritt ermöglicht oder soziale Konflikte verschärft. Der Zeitpunkt, diese Weichen zu stellen, ist genau jetzt. Eine Herausforderung ist immer auch eine Chance: Der technologische Wandel birgt ein enormes Potential, die ökologischen und sozioökonomischen Probleme zu bewältigen, auf die Europa zusteuert. Emissionsarmes Wirtschaften, Automatisierung und Digitalisierung gehen Hand in Hand und schaffen zudem Spielräume, den Sozialstaat von Grund auf neu zu denken.

I. PROBLEMFELDDANALYSE

Europa steht vor enormen Herausforderungen. Während mehrere technologische Revolutionen zeitgleich in nie dagewesenem Tempo ablaufen, verschärft sich die ökonomische Ungleichheit immer weiter. Das Artensterben durch menschliche Einwirkung schreitet rasant voran und die Sicherheitslage in Europas Nachbarschaft ist so prekär wie seit der Balkankrise nicht mehr. Der Klimawandel agiert vor diesem Hintergrund als Risikomultiplikator. Er erhöht die Gefahr, dass andere Probleme aus dem Ruder laufen.

Unser Wirtschaftssystem muss sich grundlegend ändern, um dem rasanten Wandel zu begegnen. Es gilt, dem Prinzip der nachhaltigen Entwicklung zu folgen. Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet sozial- und umweltverträgliches Wirtschaften. Es sichert die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen und strebt soziale Gerechtigkeit an.



Quelle: Eigene Zusammenstellung

A. Das Klima stimmt nicht

Wenn es in diesem Sinne um Nachhaltigkeit geht, ist der Klimawandel ein zentrales Problem unserer Zeit. Seine ersten Auswirkungen machen sich in Form von Meeresspiegelanstieg und Extremwetterereignissen wie Hitze- wellen und Sturmfluten bereits bemerkbar. Selbst in 2°C- Erwärmungsszenarien sind enorme wirtschaftliche Schäden gerade in küstennahen, tropischen und wasserarmen

Gebieten vorprogrammiert. Dazu kommt eine zu erwar- tende Intensivierung von Konflikten – beispielsweise um Wasser oder aufgrund von Klimamigration in großem Ausmaß. In noch wärmeren Szenarien sind die Effekte ungleich größer, nicht zuletzt, weil dann die Wahr- scheinlichkeit steigt, unumkehrbare „Kippunkte“ im sensiblen Klima unseres Planeten zu erreichen. Wie führende Kli-

mawissenschaftler festgestellt haben: „Beyond 2°C we are leaving the world as we know it.“¹ Nachhaltiges Wirtschaften muss also klimaneutrales Wirtschaften sein.

Erfolgreiche Klimapolitik setzt jedoch jahrzehntelange Anstrengungen der gesamten Gesellschaft voraus. Nur so ist das europaweit gesetzte Ziel, die Wirtschaft bis 2050 nahezu vollständig zu dekarbonisieren, überhaupt erreichbar. Allein in Europa müssen bis 2035 nach Rechnungen der Internationalen Energieagentur 3,5 Billionen Euro in Energieinfrastruktur und 3 Billionen Euro in Energieeffizienz investiert werden.² In diesen Berechnungen wird die Umstellung des Verkehrssektors, der Landwirtschaft und der Industrie noch nicht berücksichtigt.

Zwar haben eine Vielzahl unabhängig voneinander erstellter Hochrechnungen gezeigt, dass aktiver Klimaschutz die Wirtschaft belebt und langfristig zu mehr Wachstum führt als der *Business-as-usual*-Pfad. So hat beispielsweise ein kürzlich veröffentlichter OECD-Bericht ergeben, dass in einem Szenario, in dem die Klimaerwärmung auf 2°C beschränkt wird, das Wirtschaftswachstum weltweit im Jahr 2050 um 5% höher ausfallen würde.³ Das liegt nicht zuletzt an dem konjunkturbelebenden Effekt der nötigen massiven Investitionen und der damit einhergehenden Forschung und Innovation.

Gleichzeitig bedeutet klimaneutrales Wirtschaften einschneidende Veränderungen in etablierte Lebensstile, beispielsweise in unserem Fleischkonsum, gesellschaftliche Umverteilung durch Subventionierung grüner Technologien und Veränderung emissionsfördernder Steuerregelungen, sowie die Restrukturierung politisch einflussreicher Industrien wie der Automobil-, Energie- oder Agrarbranche. Dazu muss der Prozess so geordnet wie möglich ablaufen und langfristig im Voraus geplant werden.

Das ist eine Mammutaufgabe, die Europa nur auf Basis eines belastbaren Gesellschaftsvertrags stemmen kann. Gerade dieser Gesellschaftsvertrag bröckelt aber angesichts der sozialen Probleme und der wachsenden Ungleichheit. Wir sind zu einer Zeit mit dem Klimawandel konfrontiert, in der die voranschreitende Automatisierung der Wirtschaft unsere auf Arbeit und Vollbeschäftigung basierende Gesellschaft und den traditionellen Sozialstaat vor fundamentale Herausforderungen stellt.

B. Technik ersetzt Arbeit

Durch die digitale Revolution und die Automatisierung verändern sich die Arbeitsmärkte: Roboter verdrängen vor allem Niedrigqualifizierte und die stark industriell geprägte Mittelschicht von ihren Arbeitsplätzen. Einerseits birgt dies die Gefahr großer sozialer Verwerfungen – andererseits aber auch das Potenzial, den Sozialstaat von Grund auf neu zu denken.

Selbstfahrende Autos werden in den kommenden Jahren zu massiven Beschäftigungsverlusten unter Taxi- und LKW-Fahrern führen. Automatisierte Bezahlstationen haben in Großbritannien bereits Kassierer ersetzt und setzen sich auch in Deutschland weiter durch. Immer öfter erledigen Maschinen Aufgaben, die teilweise komplexe Denkleistungen voraussetzen. Die Künstliche Intelligenz (KI) entwickelt sich so rasant, dass KI-Programme im vergangenen Jahr den weltbesten Go-Spielern den Rang abliefen. Vor wenigen Jahren galt das noch als unmöglich, da das chinesische Brettspiel weitaus komplizierter ist als Schach. Selbst Juristen bekommen von Computern Konkurrenz.

Neben der voranschreitenden Automatisierung verändern neue Technologien den Markt. Der 3D-Druck etwa hat das Potenzial, den Handel mit Zwischen- und Vorprodukten in einigen Branchen überflüssig zu machen. Es gibt bereits Prototypen, die mit den richtigen Rohmaterialien Autos und sogar Häuser drucken können – sie brauchen dafür nur eine Designvorlage. Teilweise kann das industrielle Fertigungsprozesse, die in Niedriglohnländer abgewandert sind, wieder nach Europa holen. So hat Adidas 2015 beispielsweise eine *Speedfactory* für den 3D-Druck

1 Pidcock, Roz (2014): What happens if we overshoot the two degree target for limiting global warming?, <https://www.carbonbrief.org/what-happens-if-we-overshoot-the-two-degree-target-for-limiting-global-warming>.

2 International Energy Agency (2014): World Energy Investment Outlook, Special Report, <https://www.iea.org/publications/freepublications/publication/WEIO2014.pdf>.

3 OECD (2017): Investing in Climate, investing in growth - A Synthesis, <https://www.oecd.org/environment/cc/g20-climate/synthesis-investing-in-climate-investing-in-growth.pdf>.

von Sportschuhen in Deutschland errichtet. Dadurch sind jedoch keine zuvor abgewanderten Arbeitsplätze zurückgekommen, denn die Fertigung erfolgt fast vollständig automatisiert.

Eine kürzlich erschienene Studie hat berechnet, dass fast die Hälfte aller Arbeitsplätze in den Vereinigten Staaten in den nächsten zwanzig Jahren durch Maschinenarbeit ersetzt werden könnte. In den Entwicklungsländern sind laut einer UN-Studie zwei Drittel aller Jobs in Gefahr. Viele weitere Studien erwarten ähnliche Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt.

Dass Technologien die Wirtschaft verändern, ist nichts Neues. Buchdruck, Webstuhl und Dampfschiff haben die Welt nicht in den Untergang gerissen, genauso wenig wie die verstärkte Automatisierung der industriellen Produktion und Fließbandarbeit in den vergangenen Jahrzehnten.

Neu an der Arbeitsleistung intelligenter Maschinen sind die Reichweite und die Geschwindigkeit der zu erwartenden Veränderungen. In der Vergangenheit haben sich die Auswirkungen in der Regel auf einzelne Berufsgruppen beschränkt. Die digitale Transformation jedoch hat Einfluss auf alle Berufsgruppen, von den prekären bis hin zu den wissensintensiven. In der Vergangenheit hatte der Mensch entscheidende Vorteile gegenüber den neuen Technologien aufzuweisen: Flexibilität und die Fähigkeit, auch Transferaufgaben zu lösen, welche Kreativität und komplexes Denken erfordern. Genau diese Vorteile werden aber von der Entwicklung immer intelligenterer Maschinen untergraben.

Zwar entstehen auch in dieser industriellen Revolution neue Jobs – wie in allen anderen zuvor auch. Fraglich bleibt aber, ob das in ausreichendem Tempo und Ausmaß geschehen wird. Und wenn es neue Arbeitsplätze geben wird, dann dort, wo spezielle IT-Fertigkeiten, etwa Programmiersprachen, ein Muss sind. Das stellt gerade für ältere Arbeitssuchende, Niedrigqualifizierte und die industrielle Mittelschicht eine große Hürde dar. Laut aktuellen Zahlen der Europäischen Kommission fehlen der Hälfte aller Europäer adäquate digitale Kenntnisse und einem

Viertel fehlt ausreichende Rechen- oder Lesekompetenz.⁴

C. Strukturwandel braucht gesellschaftlichen Ausgleich

Strukturwandel produziert immer Verlierer. Wenn diese keinen Ausweg sehen, führt das in der Regel zu Aufständen, Revolutionen oder zum Aufflammen von Populismus – so geschehen bei den Weberaufständen 1844 in Deutschland. Der deutsche Weg, vorgezeichnet vom Bismarck'schen Sozialstaat, besteht traditionell aus Kompromiss und sozialem Ausgleich. Die Sozialdemokratie versucht, den Sozialstaat zukunftsfähig zu machen, indem man ihn schlanker und arbeitgeberfreundlicher gestaltet. Das ist auch der Ansatz der Agenda 2010.

Die fundamentalen Probleme löst das heute aber nicht. Die Europäische Kommission hat im April 2017 ein Reflektionspapier zur Sozialen Dimension Europas veröffentlicht, welches die sozialen Probleme auf den Punkt bringt. Soziale Ungleichheit nimmt immer weiter zu, auch zwischen städtischen Wachstumszentren auf der einen und ländlichen sowie postindustriellen Räumen auf der anderen Seite. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt seit der Finanzkrise über 20%. Dazu sind die europäischen Rentensysteme in ihrer jetzigen Form angesichts der fortschreitenden Alterung der Bevölkerung nicht nachhaltig.

Die Kommission stellt zu Recht fest, dass wir zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg vor der Gefahr stehen, dass die nächste Generation ärmer sein wird als die vorige. Der Arbeitsmarkt polarisiert sich immer stärker, mit einem wachsenden prekären Niedriglohnsektor ohne Aufstiegsmöglichkeiten. Die Automatisierung wird diesen Trend noch verstärken. Zusammengenommen stellen diese Entwicklungen eine fundamentale Bedrohung des sozialen Gefüges in Europa dar.

Das sieht man nicht zuletzt daran, dass sich die Welle des Populismus, die über die westliche Welt zieht, daraus

4 European Commission (2017): Reflection Paper on the Social Dimension of Europe, https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/reflection-paper-social-dimension-europe_en.pdf.

speist. Sowohl die Brexit-Abstimmung als die Wahl von US-Präsident Trump wären ohne die enorme Unterstützung in den abgehängten postindustriellen Regionen im Nordosten Englands bzw. im amerikanischen „Rust Belt“ nicht denkbar gewesen. Hier findet das populistische Narrativ, das sich aus der Frustration der sozial Abgehängten und von der Politik Ignorierten speist, den größten Anklang. Aus klimapolitischer Sicht ist dabei insbesondere problematisch, dass die wachsende populistische Bewegung in der Regel den klimawissenschaftlichen Konsens ablehnt und Klimaschutz als kostspieligen Irrweg begreift.

Nur sind die durch die Globalisierung verlorenen Industriearbeitsplätze nicht nach Europa oder in die USA zurückzuholen. Falls sie je zurückkommen, dann in Form eines Mikrochips. Obwohl der neoliberale Konsens spätestens seit der Finanzkrise diskreditiert ist, bleibt die Wirtschafts- und Sozialpolitik den alten Denkmustern verhaftet. Auch der Europäischen Kommission fällt ange-

sichts der desolaten Lage nichts Besseres ein, als Sozialstandards auf europäischer Ebene angleichen zu wollen. Nicht nur könnte das zu einer Senkung der Standards in Ländern mit starken Sozialsystemen führen. Auch ist es nicht nachhaltig, denn das traditionell arbeitszentrierte Gesellschaftsmodell mit dem unhinterfragten Ziel der Vollbeschäftigung könnte bald überholt sein – genauso wie der dazugehörige Sozialstaat.

Die zentralen ökologischen und sozio-ökonomischen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur gemeinsam lösen. Für eine langfristig erfolgreiche Klimapolitik und die Bewältigung der damit einhergehenden gesellschaftlichen Umwälzungen sind sozialer Frieden und gesellschaftliche Akzeptanz der im Übergang entstehenden Kosten eine Grundvoraussetzung. Gleichzeitig werden sich die bestehenden sozialen Probleme in Europa und seiner unmittelbaren Nachbarschaft in einer Welt, wo der Klimawandel ungebremst voranschreitet, nur noch verschärfen.

II. VISION FÜR EIN NACHHALTIGES EUROPA

Post-Wachstumsgesellschaft, *Steady-State Economy* oder *Zero Marginal Cost Society* sind die Stichworte für ein mögliches neues Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Sie sprechen von einer Welt, in der nicht mehr Wirtschaftswachstum und ein hoher Lebensstandard, sondern individuelle Lebensqualität das eigentliche Ziel wirtschaftlichen Handelns ist. Von einer Welt, in der der technische Fortschritt die Menschheit vom jahrtausendealten Imperativ der Erwerbsarbeit befreit. Eine Welt, in der die menschlichen Grundbedürfnisse abgedeckt sind und in der nicht mehr jeder arbeiten muss.

Doch wie soll und kann das aussehen? Ein Gesellschaftsbild, in dem nicht mehr jeder arbeiten muss oder soll, scheint uns heute eine radikale Veränderung zu sein. Dabei ist der Gedanke an sich gar nicht neu. Vielmehr bedeutet er eine Rückbesinnung auf die Wertevorstellungen der Antike. Damals stand der gesellschaftliche Beitrag des Einzelnen als StaatsbürgerIn im Mittelpunkt, nicht seine

ökonomische Tätigkeit. Natürlich war die sich entwickelnde Demokratie der Antike lediglich eine „Demokratie der Freien“. Der Großteil der Bevölkerung war hingegen alles andere als frei, konnte weder an politischen Entscheidungen noch am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben. Auch die Frauen zählen in dieser Gesellschaft nicht zu den „Freien“. Hinzu kam die „unterste Klasse“, die der Sklaven. Sklaven verrichteten den Großteil der Arbeit auf den Feldern und im Handwerk. Genaugenommen funktionierte diese Gesellschaft nur auf Basis der Sklaverei.

Das Ironische an der Sache: Ohne diese durchaus kritisch zu betrachtende gesellschaftliche Struktur hätten Philosophen und Vordenker wie Sokrates, Platon oder Aristoteles nicht das tun können, was sie taten. Auch sie gehörten zur herrschenden Klasse und zu denjenigen, die im Allgemeinen als „frei“ galten. Sie waren frei. So frei, dass sie sich mit der Natur befassen konnten, mit dem Kosmos, der Chemie und mit den Menschen – anstatt jeden

Tag um ihren Lebensunterhalt zu bangen. Angesichts der technischen Entwicklung ist es durchaus denkbar, dass intelligente Maschinen den Menschen mehr und mehr dieser Aufgaben abnehmen und sie ebenso von der Erwerbsarbeit „frei“ stellen, wie es griechische Philosophen waren. Welche Freiheit bleibt uns heute zum Denken? Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der jeder Einzelne frei ist, sich selbst zu verwirklichen. Darum entscheiden wir uns im Zeichen von Klimawandel, Digitalisierung und Automatisierung dafür, den Wandel mitzugestalten und seine Chancen zu nutzen. Wir sind überzeugt, dass Forschung, Entwicklung und Fortschritt heute nicht mehr auf Kosten der Schwächeren in unserer Gesellschaft geschehen dürfen. Wir begreifen die rasanten Veränderungen als Chance, unser Verständnis von Arbeit zu überdenken. Wir nutzen sie als Anstoß, in klimafreundliche Infrastrukturen und in Kreislaufwirtschaft zu investieren.

Wir erneuern das Straßennetz, das von selbstfahrenden Autos erobert wird. Sie werden von Strom angetrieben, der durch erneuerbare Energie hergestellt wird. Schadstoffausstoß gehört damit der Vergangenheit an. Die Kosten von Batterietechnologie sind rasant gefallen, Energiespeicher in Verbindung mit erneuerbarer Energie liefern verlässliche Energie ohne Treibhausgasemissionen bei Grenzkosten nahe Null. Außerdem schreitet die Induktionstechnologie so voran, dass der Strom über Hochspannungsleitungen und die neuen Straßen direkt an die Autos weitergeleitet wird. Auch die Landwirtschaft ist vollkommen automatisiert. Maschinen säen, bewässern und ernten das Getreide. Nutzpflanzen wie Getreide werden nicht mehr nur auf großen und weiten Flächen angebaut, sondern auch in Hochhäusern. Hier registrieren Sensoren jede noch so kleine Veränderung der Pflanzen und reagieren automatisch darauf. Selbst die Verarbeitung der Lebensmittel verläuft über computergesteuerte Systeme. Der Lebensmittelbedarf aller Menschen ist gedeckt.

Unsere Einkäufe tätigen wir mit neuen Währungen: Kryptowährungen. Sie gestalten das weltweite Bezahlen und Transferieren von Geld schnell und kostenlos und sind nicht von staatlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen abhängig. Dank der großen Erfolge in der Quantenmechanik – die ebenfalls durch die Nutzung der künstlichen Intelligenz enorme Fortschritte erzielen konnte – umfasst

das Quanteninternet den gesamten Kontinent. Damit ist der Grundstein für eine sichere und effektive Dateninfrastruktur gelegt, da das Quanteninternet eine Internet- und Datenstruktur geschaffen hat, in der die Übermittlung von großen Datenmengen blitzschnell stattfinden kann. Daten können nicht mehr verloren gehen und sind zu 100 % gesichert.

Auch die Energieversorgung wandelt sich komplett. Nicht nur, dass Kohle, Gas und Öl gänzlich von erneuerbaren Energien abgelöst werden. Die Art der Erzeugung, Speicherung und Verbreitung passt sich ebenfalls an das System an. Die Solarenergie entwickelt sich durch das Quanteninternet und die Induktionstechnologie so, dass eine problemlose Übertragung der Energie nun praktisch „durch die Luft“ über mehrere Kilometer hinweg möglich ist.

Kurzum, wir gewährleisten die Versorgung aller auf nachhaltige Weise. Dabei übernehmen Computersysteme die Arbeit, die in der Antike von Sklaven verrichtet wurde. Nur, wo bleibt der Einzelne in diesem vernetzten und automatisierten System? Viele Arbeitsplätze werden nicht mehr benötigt. Aber es ist auch niemand mehr verpflichtet, für seine Existenzsicherung einer regelmäßigen Beschäftigung nachzugehen. Für die Grundsicherung eines jeden ist gesorgt, sogar weit darüber hinaus. Trotzdem verändert sich das typische Bild einer städtischen Gesellschaft kaum. Es fahren weiterhin Polizisten durch die Straßen, Kinder gehen zur Schule, Lehrer stehen vor Schulklassen, Cafés und Bars sind voller Menschen und auch die Richter, Anwälte, Ärzte gehen ihrer Arbeit nach.

Nur: Die Art und Weise, *warum* und *wieso* wir arbeiten, ändert sich vollkommen. Die Sätze: „Ich bin Anwältin geworden, weil ich viel Geld verdienen möchte“, oder: „Als Pfleger verdiene ich viel zu wenig, das mache ich nicht“, hört man nicht mehr. Insbesondere die sozialen und künstlerischen Berufe erleben eine Renaissance. Nicht nur weil viele Arbeitsschritte, Behördengänge und Verwaltungsaufgaben durch Computersysteme verrichtet werden, bekommt die Arbeit mit Menschen einen vollkommen anderen Wert. Als soziales Wesen ist der Mensch auf Nähe, Kommunikation und Gesellschaft angewiesen. Kreativität wird gelebt, Forschung und Entwicklung erfahren neuen Aufschwung. Arbeit ist das, was Spaß macht, was den

Einzelnen interessiert. Wer morgens bei Freunden in den Weinbergen helfen möchte, kann sich abends an den Computer setzen und eine Buchrezension schreiben. Der Lebensstandard hat seinen Höhepunkt erreicht. Jetzt folgt die Lebensqualität.

Durch die Grundsicherung aller entwickelt sich eine vollkommen neue Art der Hybridwirtschaft. Einerseits verläuft die Vernetzung des Kontinents und der Produktions- und Fertigungssysteme automatisiert und planmäßig. Andererseits macht sich die freie Marktwirtschaft in sämtlichen Nischen breit, die nicht von diesen Systemen erfasst werden. Hersteller stellen Handarbeit und Qualität in den Vordergrund. Darüber hinaus setzt sich eine Art des Wirtschaftens durch, die man als „Allmende“ oder *shared economy* bezeichnet. Dank der Vernetzung von einzelnen Häusern, Straßenblöcken und Nachbarschaften findet ein effizienter Austausch von Gütern und Gebrauchsgegenständen statt.

Wer nicht an das System angeschlossen werden möchte, holt sich einfach eine eigene Produktionsstätte ins Haus. Mit einem 3D-Drucker, einem quanteninternetfähigen

Computer und kostenfrei herunterladbaren Quellcodes für die Herstellung sämtlicher Bauteile kann jeder Einzelhaushalt seine eigenen Gebrauchsgegenstände und dank Biochemie sogar seine Lebensmittel- und Energieversorgung selbst produzieren. Denn auch diese Technologie ist – schon heute – so weit ausgebaut, dass 3D-Drucker Handwerkszeug, Autos, ganze Häuser und sogar Organtransplantate „drucken“ können. Die bereits heute dafür verwendeten Materialien sind größtenteils „Müll“ und Abfallprodukte. Die Grundsteine der Kreislaufwirtschaft sind also schon gelegt; dabei befinden wir uns erst am Anfang.

Wir nutzen die Vernetzung der Systeme, der Infrastrukturen, der Straßen, um Distanzen zu verkürzen – auch zwischen Menschen. Mobilität ist weder eine Frage des Geldes, noch des Umweltschutzes. Auch ist das Reisen durch das autonome Fahren nicht mehr anstrengend. Keine Staus, keine Aggressionen wegen anderer Verkehrsteilnehmer. Wir können während der Fahrt lesen, arbeiten, spielen, uns einfach mal mit uns selbst beschäftigen. Reisen ist kein Privileg der Bessergestellten mehr, wir leben in einer mobilen, europäischen Gesellschaft.

III. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Durch diesen kompletten Wandel verändert sich unser Zusammenleben; wir schließen einen neuen Gesellschaftsvertrag. Es wandelt sich auch unser Politikverständnis. Zwar werden die Herausforderungen sicher nicht weniger, aber sie verändern sich und verlieren an Dramatik. Wir halten unser 2-C°-Ziel ein und bauen soziale Ungleichheit ab. Auch die Demokratie erfährt einen neuen Wert. Waren es in der Antike noch die „freien Männer“, die weder Zeit, noch Kosten und Mühen für ihre Grundsicherung aufbringen mussten und sich vollkommen auf die politischen Geschehnisse konzentrieren konnten, so steht dies nun jedem zu.

A. Kreative Sozialpolitik ohne Denkverbote

Wir müssen uns von alten Denkmustern befreien und über kreative Lösungen nachdenken. Europa kann kreative Problemlösungsansätze fördern, indem es Politikexperimente unterstützt, auswertet und vermittelt. So kann die EU Erfolgsmodelle im Kreis einigungsfähiger Mitgliedstaaten auf eine europäische Ebene heben.

Wenn es darum geht, Wirtschaft nachhaltig zu gestalten, sind Politikexperimente ein viel beachtetes Thema, sowohl in Hinblick auf Umwelt-, als auch Sozialfragen. In zeitlich und örtlich begrenzten Versuchen werden alternative Formen der Politikgestaltung möglichst realitätsnah

getestet und ausgewertet. Innovationen und technische Neuerungen werden auf ihre Bestandsfähigkeit geprüft, um daraufhin als Grundlage für evidenzbasierte Entscheidungen zu fungieren. So hat Finnland 2015 erstmals Politikexperimente als Instrument in den Regierungsplan aufgenommen. Kern der „*Human-centric governance through experiments*“⁵ ist eine zielgerichtete und effiziente Politik, die sich an den Bedürfnissen der BürgerInnen orientiert.

In diesem Rahmen testet Finnland derzeit ein bedingungsloses Grundeinkommen für Arbeitssuchende. Ähnliche Politikexperimente laufen in Kanada, Indien und einer Reihe anderer Länder. Statt eines komplizierten Geflechts an Sozialleistungen würde mit einem Grundeinkommen jede(r) BürgerIn ohne jegliche Bedingungen eine monatliche Vergütung bekommen.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte die Bedürfnisse der sozial Abgehängten und wirtschaftlich zunehmend Überflüssigen erfüllen. Gleichzeitig wertet es unbezahlte Tätigkeiten wie Ehrenamt, Hausarbeit oder die Pflege von Angehörigen auf. Größtes Hindernis scheint dabei nicht die Umsetzbarkeit, sondern der einglbläute Glaube an die Erwerbsarbeit als Lebensmittelpunkt. Es handelt sich primär um einen Umbau des Sozialstaats, nicht um einen Ausbau. Arbeitslosen- und Kindergeld, letztlich sogar die Rente, würden nicht mehr benötigt, wenn es ein bedingungsloses Grundeinkommen gäbe. Der tatsächliche zusätzliche Finanzierungsbedarf hält sich also in Grenzen.

Auch die Gefahr, dass dann die Wirtschaft zum Stillstand kommen würde und niemand mehr arbeitet, wird oft überschätzt. In Alaska, wo es seit 1972 ein partielles Grundeinkommen gibt, haben sich diese Sorgen nicht bewahrheitet. Bezeichnenderweise trauen wir anderen Menschen sehr viel eher zu, sich in der sozialen Hängematte auszuruhen, als uns selbst. Laut einer aktuellen Umfrage würden 82 Prozent der Deutschen auch mit einem Grundeinkom-

men weiter arbeiten.⁶ Gleichzeitig glaubt aber die Hälfte der Befragten nicht daran, dass das die meisten anderen Menschen auch tun würden. Ein bedingungsloses Grundeinkommen kann ein Weg sein, vom erwerbszentrierten Arbeitsmodell auf sinnstiftende Arbeit als Lebensmittelpunkt umzusteigen.

Experimentiert wird nicht nur mit dem bedingungslosen Grundeinkommen, sondern ebenfalls mit *Flexicurity* (Dänemark), *Dual Vocational Training* oder dem *New Personal Activity Account*. Diesen Experimenten gemeinsam ist, dass sie nicht allein auf die bereits bestehenden Probleme des Sozialstaats abzielen, sondern die technologische Transformation mitdenken. Sie gehen zu Recht davon aus, dass der Sozialstaat nicht durch Europäisierung oder punktuelle Anpassung gerettet werden kann.

Auch in Hinblick auf die Bewältigung des Klimawandels sind Politikexperimente ein erfolgsversprechendes Politikinstrument. Durch ihre flexible Gestaltung werden sie der Komplexität verflochtener, globaler Entwicklungen gerecht. Auch hier geht Finnland mit gutem Beispiel voran. Im Projekt CO²-neutraler Kommunen (*HINKU Carbon Neutral Municipalities*) hat sich eine Gruppe finnischer Kommunen ambitioniertere Klimaziele als die von der EU festgesetzten gegeben: Eine Reduzierung der Emissionen um 80 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 2007.⁷ In den Kommunen werden Lösungen in den Bereichen Verkehr, erneuerbare Energien, alternative Heizsysteme, etc. erprobt. Die Ergebnisse werden im Netzwerk der Kommunen ausgewertet und verbreitet.

Die Innovationsunion ist Kernthema der EU-Strategie 2020 und hat sich zum Ziel gesetzt, mithilfe von *Innovation Partnerships* die Zusammenarbeit von EU-Institutionen, nationalen und regionalen Behörden sowie Unternehmen zu revolutionieren. Diesem Anspruch sollte die EU gerecht werden, indem sie durch flexible Finanzierungsinstrumente wie Struktur- oder Sozialfonds Politikexperimente

5 Demos Helsinki (2015): Design for Government: Human-centric governance through experiments, <https://www.demoshelsinki.fi/wp-content/uploads/2015/09/Design-for-Government-%e2%80%93-Governance-through-experiments.pdf>.

6 Süddeutsche Zeitung (2016): Jeder vierte Deutsche ist für ein bedingungsloses Grundeinkommen, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/grundeinkommen-jeder-vierte-deutsche-ist-fuer-ein-bedingungsloses-grundeinkommen-1.3023713>.

7 HINKU Forum (2017): Carbon Neutral Municipalities, [http://www.hinku-foorumi.fi/en-US/Carbon_Neutral_Municipalities\(30855\)](http://www.hinku-foorumi.fi/en-US/Carbon_Neutral_Municipalities(30855)).

massiv unterstützt, die nachhaltige Lösungsansätze für ökologische und sozio-ökonomische Probleme erkunden und auswerten. Die EU sollte Diskurskanäle öffnen, um *Best-Practice* Beispiele zu identifizieren und vielversprechende Lösungen schließlich im Kreis integrationswilliger Mitgliedstaaten auf die europäische Ebene zu heben.

B. Klimafreundlich Wirtschaften

In der Klimapolitik bedeutet Nachhaltigkeit vor allem, dass Europa seiner globalen Verantwortung gerecht werden muss. Europäische Klimapolitik muss also auf Grundlage des Pariser Klimaabkommens betrieben werden. Nicht nur hat die industrialisierte Welt, zu der Europa zählt, den bereits erfolgten Klimawandel hauptsächlich verursacht, es ist aufgrund seiner starken Wirtschaft auch in der Lage, der Herausforderung besser zu begegnen als viele andere Regionen und insbesondere die Entwicklungsländer.

Hierbei geht es nicht darum, die Wirtschaft für das Klima einzuschränken. Es geht darum, sie auf eine ökologisch und ökonomisch nachhaltige Grundlage zu stellen. Die Emissionsentwicklung in der Europäischen Union ist längst vom Wirtschaftswachstum entkoppelt. Während die Wirtschaft seit 1990 um 50% gewachsen ist, sind die Emissionen um 22% gesunken.

In der Vergangenheit ist die EU mit den Energie- und Klimapaketen 2020 und 2030 beispielhaft vorangegangen. Diese Führungsstellung im Klimaschutz ist jetzt in Gefahr, da die europäische Klimapolitik verstärkt von einzelnen Mitgliedstaaten sowie der Energie-, Stahl- und Automobil-Lobby in Frage gestellt wird. Wir fordern von der EU ein klares Bekenntnis zum Pariser Klimaabkommen. Jedwede Aufweichung der EU-Klimaziele, wie im Kontext des Brexit möglich, falls die EU *Nationally Determined Contribution* (EU NDC) ohne Großbritannien neu ausgehandelt werden muss, ist inakzeptabel.

Dazu ist festzustellen, dass die EU nicht auf Zielpfad für 2030 ist – geschweige denn für 2050. Insbesondere bei der Energieeffizienz hinkt die EU weit hinter den Zielen hinterher. Einzelne Länder haben zudem Maßnahmen ergriffen, um den Ausbau erneuerbarer Energien zu begren-

zen, obwohl sie bereits in Teilen billiger sind als fossile Brennstoffe. Selbst „Klimavorreiter“ Deutschland droht, das nationale Klimaziel 2020 um 12% zu verfehlen, da der Kohleausstieg seit Jahren verschleppt wird.⁸

Um weiterhin klimapolitisch führend zu sein, muss die EU glaubwürdig Emissionen reduzieren. Ein klimapolitisches Versagen wäre fatal. Die Signalwirkung europäischer Klimapolitik sowie die Ausstrahlungseffekte von erfolgreichen Konzepten wie der Energiewende sind hierbei nicht zu unterschätzen. In einer Welt, in der sich die USA vom Klimaschutz verabschiedet, ist Europa umso mehr gefragt. Unmittelbar muss die EU also ein ambitioniertes „Winterpaket“ verabschieden – so wird das Gesetzespaket genannt, mit dem die Klima- und Energieziele 2030 erreicht werden sollen.

Langfristig ist besonders wichtig, dass die Governance-Richtlinie des „Winterpakets“ ambitioniert und lückenlos ausgestaltet ist – und, dass sie von den Mitgliedstaaten ernsthaft umgesetzt wird. Mit den alle fünf Jahre zu erstellenden Nationalen Energie- und Klimaplänen (NECPs) soll ein Mechanismus zur regelmäßigen Überprüfung und Nachschärfung der Klimapolitik der Mitgliedstaaten geschaffen werden. Das ist die Entsprechung des zentralen *Ratchet*-Mechanismus des Pariser Klimaabkommens, mit dem die Staatengemeinschaft auf Zielpfad gehalten werden soll.

Um den Klimawandel effektiv zu bekämpfen, muss die EU jetzt massiv Investitionen in nachhaltige Infrastruktur wie erneuerbare Energieanlagen, Stromnetze, Energieeffizienzrenovierungen und Ladeinfrastruktur für Elektroautos lenken. Aktuell investiert die EU rund 80 Milliarden Euro jährlich in den grünen Sektor.⁹ Laut Zahlen der Internationalen Energieagentur muss diese Summe auf 380 Milliarden Euro steigen, um mit dem Pariser Klimaabkommen vereinbar zu sein.

8 Knaup, Horand (2017): Adieu Klimaziel, <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/erderwaermung-deutschland-scheitert-beim-klimaschutz-a-1138926.html>.

9 Maule, Sam (2016): Losing the edge: Chinese clean energy investment far outstrips Europe, <https://www.e3g.org/library/losing-the-edge-chinese-clean-energy-investment-far-outstrips-europe>.

Die EU hat sich durch vorausschauende Politik eine Führungsposition im klimafreundlichen Wirtschaften erarbeitet. Der grüne Sektor hat bereits einen Umsatz von 144 Milliarden Euro und beschäftigt über eine Million Menschen in Europa. Der Marktanteil weltweit beträgt etwa ein Drittel. Aktuell droht die EU, diese Führungsposition zu verlieren. Die Investitionen sind seit 2011 stark rückläufig. China hat die EU im grünen Investitionswettbewerb längst überholt – sowohl insgesamt als auch pro Kopf.¹⁰

Je länger man den Übergang in eine emissionsfreie Wirtschaft verzögert, desto teurer wird er. Zudem besteht die Gefahr, so genannte *Stranded Assets* aufzubauen, wie z. B. neue Kohlekraftwerke oder Gaspipelines, die sich in einer klimafreundlichen Wirtschaft nicht rechnen würden. EU-Haushalt und gesetzte Investitionsanreize müssen kohärent ausgestaltet werden. Sonst beeinträchtigt ein Politikbereich den anderen und der richtungsgebende Einfluss der EU wird verwässert. Außerdem wirkt ambitionierte Klimapolitik, wie jedes großangelegte Infrastrukturprogramm, als Konjunkturprogramm und kann so zumindest kurzfristig die durch Automatisierung zu erwartenden Arbeitsplatzverluste abfedern.

Innovative Finanzierungsinstrumente wie der Europäische Fonds für Strategische Investitionen sind hier ausdrücklich zu begrüßen, da dieser durch die EU-Garantie auch risikoscheues Kapital anzieht. Zudem ist die Quote grüner Projekte hier deutlich höher¹¹ als im EU-Haushalt insgesamt, aus dem weiterhin Milliarden in fossile Energieinfrastruktur und emissionsreiche Verkehrsinfrastruktur¹² wie Straßen und Flughäfen fließen. Auch das vereinbarte Ziel, in der Haushaltsperiode 2014–2020 20% der EU-Ausgaben klimafreundlich zu verwenden,

wird voraussichtlich verfehlt werden.¹³

In anderen Bereichen wie den Rechenlegungsvorschriften und der Bankenregulierung müssen ebenfalls die richtigen Weichen gestellt werden, um klimafreundliche Investitionen in ausreichendem Ausmaß zu ermöglichen. Hierzu müssen insbesondere die Ergebnisse der von der Europäischen Kommission einberufenen *High-Level Expert Group on Sustainable Finance* umgesetzt werden.¹⁴

Auch die Wirtschaftsweise an sich muss sich ändern, um nachhaltig zu sein. Dekarbonisierung muss perspektivisch über den Energiesektor hinaus insbesondere auf den Verkehrssektor und die Landwirtschaft ausgeweitet werden. In vielen Bereichen bedeutet das Sektorkopplung in dem Sinne, dass ein Sektor zunächst elektrifiziert und dann mit emissionsneutralem Strom betrieben wird. Elektroautos und -heizungen sind hier die Paradebeispiele. Um dieser Herausforderung zu begegnen, bedarf es eines neuen Strommarktdesigns, welches flexible Strompreisbildung ermöglicht und Flexibilitätsoptionen wie Energiespeicher, Nachfragesteuerung und intelligente Netze wirtschaftlicher macht.

C. Kreislaufwirtschaft

Weite Teile der Wirtschaft beruhen auf endlichen Rohstoffen. Dazu schränkt unser Umgang mit Abfall, insbesondere Plastik und toxischen Abfallprodukten, weltweit Ökosysteme ein. Insgesamt muss die Wirtschaft also viel effizienter und ressourcenschonender werden, als sie es jetzt ist. Perspektivisch brauchen wir eine Kreislaufwirtschaft – eine Wirtschaft komplett ohne Müll.

10 Ng, Shinwei/ Ey Mab, Nick/ Gaventa, Jonathan (2016): Pulling ahead on clean technology. China's 13th five year plan challenges Europe's low carbon competitiveness, https://www.e3g.org/docs/E3G_Report_on_Chinas_13th_5_Year_Plan.pdf.

11 Schwartzkopff, Julian/ Gaventa, Jonathan/ Genard, Quentin (2016): A mission-oriented budget. Priorities for the MFF mid-term review, https://www.e3g.org/docs/E3G_A_Mission_Oriented_Budget_%28Sep_2016%29.pdf.

12 Holyoake, David (2017): The EU budget: Unlocking a new vision for Europe, <https://bankwatch.org/blog/the-eu-budget-unlocking-a-new-vision-for-europe>.

13 European Court of Auditors (2016): EU climate action: serious risk that 20 % spending target will not be met, <https://www.eca.europa.eu/en/Pages/NewsItem.aspx?nid=7778>.

14 European Commission (2017): Statement of the High Level Expert Group on Sustainable Finance on the capital markets union mid-term review, https://ec.europa.eu/info/files/statement-high-level-expert-group-sustainable-finance-capital-markets-union-mid-term-review_en.

Das führt automatisch auch zu Emissionseinsparungen. Durch Synergien werden sich also Kreislaufwirtschaft und klimafreundliches Wirtschaften gegenseitig begünstigen. Der 3D-Druck als additives Produktionsverfahren verursacht weitaus weniger Abfall als traditionelle Produktionsverfahren und wird eine tatsächliche Kreislaufwirtschaft ein Stück näherbringen.

Real ist die EU von dem Ideal der Kreislaufwirtschaft jedoch weit entfernt. Die EU-Recyclingrate liegt im Durchschnitt bei 39%, wobei sich die Mitgliedstaaten stark unterscheiden. Deutschland und Österreich sind mit 62% bzw. 63% führend. Andere Länder wie Portugal (19%) oder Bulgarien (0%) liegen weiter zurück.¹⁵ Vor diesem Hintergrund ist es beunruhigend, dass der Kommissionsvorschlag zur Kreislaufwirtschaft zunächst abgeschwächt und noch immer nicht von den Mitgliedstaaten verabschiedet wurde, obwohl er bereits seit Ende 2015 vorliegt.

Das Gesetzespaket sieht eine EU-weite Recyclingquote von 65% bis 2030 vor und beinhaltet zudem eine Vielzahl an Maßnahmen in den Bereichen Wiederaufbau von Naturkapital, Minimierung bzw. Eliminierung von toxischen Stoffen sowie umsichtiges Kreislaufdesign und Mindestanforderungen an eine erweiterte Herstellerverantwortung. Der ursprüngliche Vorschlag sah hingegen eine Recyclingquote von 70% und zudem ein Ressourceneffizienzziel vor.

Eine Verabschiedung des *Circular Economy Package* ohne weitere Verwässerung wäre bereits ein Schritt in die richtige Richtung, den die Mitgliedstaaten unverzüglich ergreifen sollten. Gleichzeitig scheint eine Recyclingquote von 65% wenig ambitioniert, da Recyclingquoten über 60% bereits demonstriert wurden und die technische Entwicklung im gleichen Zeitraum weiter voranschreitet und die Grenzen des Möglichen verschieben wird.

15 European Environment Agency (2013): Recycling rates in Europe, <https://www.eea.europa.eu/about-us/competitions/waste-smart-competition/recycling-rates-in-europe/view>.

IMPRESSUM

Herausgeber Prof. Dr. Mathias Jopp, IEP

Redaktion Richard Steinberg, Universität Hamburg / IEP

Jana Schubert, IEP

Gestaltung Anna Schoida, handsinthesea.com

Institut für Europäische Politik e. V.

Bundesallee 23

10717 Berlin

info@iep-berlin.de

www.iep-berlin.de

Gefördert durch:

ASKO EUROPA STIFTUNG



Auswärtiges Amt



Otto Wolff Stiftung